

# Breslauer Neueste Nachrichten

**Bezugspreis** einschließlich Abzug für die Woche 50 Goldpfennige der monatlich  
statische 30, Matthiastraße 12, Friedrich-Wilhelmsstraße 11 und unterer Breslauer Aus-  
gabestellen abgezahlt wöchentlich 58 Goldpfennige oder monatlich 2,40 Goldmark. Im  
Falle von höherer Gewalt, Streik, Ausperrung oder Betriebsstörung ist ein Anspruch  
auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises nicht zu machen werden.

38. Jahrgang

**Breslauer General-Anzeiger**  
und  
**General-Anzeiger für Schlesien**

Verlagsgebäude: Weidenstraße 30 (Christophoriplatz) und Taschenstraße 3/5

Sonntag, den 11. Januar 1925

Nr. 10 — II. Ausgabe

**Anzeigenpreise:** Für 1 Millimeter Höhe einspaltig 18 Goldpfennige, Stellengehäuse  
10 Goldpfennige, Heftmittelanlagen je 20 Goldpfennige, Familien-  
angeizer (außer Nachrufen) 5 Goldpfennige, Zeitungen 90 Goldpfennige, an erster Stelle  
115 Goldpfennige. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen  
kann keine Gewähr übernommen werden. — Ferien: Breslau Ring 4000 bis 4006.  
Postcheckkonto: Breslau 2809. — Erfüllungsart für Lieferung und Zahlung ist Breslau.

**Eisenbahnfragen.**

Der Generaldirektor der deutschen Reichsbahn hat am vergangenen Donnerstag vor Vertretern der Kreise die wirtschaftliche Lage seiner Gesellschaft dargestellt und gleichzeitig sein Programm für die kommenden Monate entwickelt. Aus dem vorgelegten Zahlenmaterial konnte man zunächst den Eindruck gewinnen, daß die deutschen Reichsbahnen die Inflationskrise und ihre Folgen überwunden haben, innerlich wieder durchaus ordnung sind und mit erfolgreichem Güterverkehr, auch die letzten Kriegs- und Reparationszahnräume zu besetzen. Der östlichen Angesetzte hat, welch schwere Binden dem sozialen Verkehrsunternehmen namentlich während der allgemeinen Disorganisation in den ersten Revolutionsmonaten gelegen wurden, kann der im letzten Jahre erlebten Wiederanbindung rechts Anerkennung nicht verlagen. Dreititel: Die Revitalisierung vollzog sich zum Teil unter Erfolgskünsten — namentlich auf dem Gebiete der Personalspolitik — die ob ihrer Härten zu lebhaften und beständigen Protesten Anlaß gab. Nachdem aber auch hier das schlimmste hinter uns liegt, der Abbau im allgemeinen eingestellt ist und für die Zukunft sich günstige Aussichten eröffnen, wollen wir dieses Kapitel hente nicht weiter erörtern. Es muß zunehmend werden, daß die sozialen Verträge, die dem Reichsbahnminister eine Leidensfrage nicht nur für die Reichsbahn selbst war, die vom Reichstag sorgfältige Betriebsführung war nur möglich, wenn Einnahmen und Ausgaben sich auf mindesten die Wagen beladen. Daß dies — nachdem während der Inflationszeit die Eisenbahnen zum drückendsten Notdramen des Reichs geworden waren — binnen wenigen Wochen gelang, ist nicht nur ein Beweis für die Bedeutung der Rentenmarktversicherung, die dem deutschen Volke seinerzeit nur nicht voll zum Bewußtsein kam, sondern auch für die Überlegenheit des nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleiteten sozialwirtschaftlichen Betriebes über den reinen Staatsbetrieb. Das Vorbild der deutschen Eisenbahnen hat, wie kaum ein zweites, die gewiss auf gemeinsamem, vorläufig aber un durchdringbaren sozialistischen Besitzungen ab absurdum geführt. Aber der Haushaltsumsturz genügt nicht, nachdem das Tausend-Abkommen auf die Reichsbahnen als hauptsächliches Reparationsland ausgestaltet und dadurch die deutschen Verkehrsunternehmungen berufen wurden, in bevorstehender Macht Krämer der Reparationslast an sie. Man muß daher der Finanzpolitik des Generaldirektors Deter insofern unbedingt zustimmen, als Vorworte gestritten werden müssen, daß die Erträge der Reichsbahnen auf diesen Fall von ihnen verlangten Reparationsforderungen ermäßigt, um einen Ausfall der Entente zu verhindern. Daß hierzu die Anteilnahme sehr bedeutender Mittelgenossen gehört, kann ebenfalls nicht bestritten werden.

Wir müssen uns bei der Beurteilung aller die Reichsbahn betreffenden Fragen heute vor Augen halten, daß sie gegen früher völlig ihren Charakter geändert hat und zwar nicht nur in rechtlicher Beziehung. Solange die Eisenbahnen lediglich staatliche Institutionen waren, bestand ihre vornehme Blüte nicht in der Erzielung möglichst hoher Betriebsüberfülle, sondern in der Förderung des Verkehrs und der Wirtschaft durch billige Tarife und hochwertige Einrichtungen, daneben auch in weitgehender Verschärfung militärischer Fertigkeiten. Jetzt ist die Reichsbahnseigenschaft gewissmauermauer ein werbendes Unternehmen geworden, das in erster Linie der vaterländischen Aufgabe dienen soll, Mittel zum Rückbau unserer Freiheit zu beschaffen. Unter dieser Blüte muß alles andere zurücktreten. Allerdings sind auch hier Grenzen gegeben, die von der Rücksicht auf die Allgemeinwirtschaft bestimmt werden. Und uns steht gerade als wichtigste und vornehmste Aufgabe des über dem Reichsstaat stehenden Generaldirektors, in diesen einander widersprechenden Interessen den erforderlichen und natürlichen Ausgleich an zu schaffen. Hier jedoch scheint es uns — und daran vermag auch die Ausführungen des Herrn Deter nichts zu ändern —, daß in gewis begrenzlicher Weise die Seite der Allgemeinwirtschaft bisher als fata gekommen ist und auch darüber zu kurz kommen soll. Der Generaldirektor hat eine Änderung der jetzigen Tarifpolitik abgelehnt und nur weitere Verschärfung der Handel und Industrie geforderten Staffeltarife ausgelöst. Daneben sollen allerdings Tarifverschärfungen eingeführt werden, die den Tarifverstaatland allmählich wieder herstellen. Soweit die Verbesserungen des Streckenverbaus — eine der wichtigsten Verbesserungen für die Betriebsicherheit —, der Wagen und Lokomotiven in Frage kommt, ist hierzogen gewiß nichts einzutragen. Dagegen fragt es sich, ob gewiß mehr dem Luxus oder wenigstens der Bequemlichkeit der Reisenden dienenden Zwecke nicht doch noch ausgenommen einer Verbesserung der Tarife auf höhere, bessere Seiten zurückgestellt werden sollten. Ohnehin erwarten die in Ansicht genommenen Maßnahmen den Einbruch, als wäre eine den Verhältnissen denn noch nicht entsprechende Verbesserung des wohlhabenden Teils der Bevölkerung geplant. Dies muß unter allen Umständen vermieden werden. Alle nicht unbedingt der Betriebs sicherheit dienenden Verbesserungen dürfen vorerst nur in allerdringlichster Notwendigkeit erfolgen, bis die Tarifgestaltung sich der Friedensbasis geneigt hat. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß Reisen eine Luxusangelegenheit sei.

Nun liegt der Schwerpunkt des deutschen Eisenbahnwesens in die Polizeiwirtschaft allerding nicht im Personen-, sondern im Güterverkehr. Es gibt keine Ware, die auf ihrem Weg vom Erzeuger zum Verbraucher nicht mindestens einmal die Eisenbahn benutzt. Die Fracht tarife sind daher ausschlaggebend für die Preisgestaltung des Warenmarktes. Tarifgesetze in allen Artikeln bedingen in erster Linie Tarifrechte der Eisenbahnen. Solange diese nicht möglich sind — vorerst sind sie es nicht —, wird ein vollkommenes Abbau der Trennung, abgesehen von anderen die Preistbildung beeinflussenden Faktoren, niemals erfolgen können. Da muß denn wenigstens versucht werden, die schlimmsten Härten zu mildern. Dies ist eine Angelegenheit, die uns ganz besonders in Schlesien angeht. Der Kreis ausgang hat uns mehr als zuvor mit unserer Produktion auf den Auslandsmarkt verwiesen, zumal wir in den großen deutschen Ausfuhrmarkten weit ungünstiger liegen als andere deutsche Gebiete. Schön vor dem Kriege war bestellt, das Betriebe der sozialen Wirtschaftskreise auf frachtwirtschaftliche Behandlung gerichtet. Wir müssen zum Beispiel, daß die überwiegende Rolle verbrängt wurde, weil die Reichs von den Kaiser Häfen über Hamburg nach der Reichshauptstadt sich billiger stellte, als der Eisenbahntransport von Gleiwitz. Trotz aller Reparationsverpflichtungen wird daher die Verwaltung der

**Luthers Rücksprache mit den Parteiführern.****Ach kein Auftrag zur Regierungsbildung.**

Telegramm unseres Korrespondenten

Berlin, 10. Januar. Im weiteren Verlaufe seiner Befragungen erweist der Reichsfinanzminister auch einen Zentrumabgeordneten Fehrenbach, den Abgeordneten Weiß von der Bayerischen Volkspartei und in Abgeordneten Dreierlich von der Wirtschaftspartei

in den vielseitigen Besprechungen, die der Finanzminister geführt hat, erscheint besonders erwähnenswert, daß demokratische Führer Abgeordnete noch dem Finanzminister im Namen der demokratischen Reichstagsfraktion erklärte, daß der Eintritt der Demokraten in ein Kabinett Luther oder dessen Unterstützung durch die demokratische Fraktion nicht in Frage komme.

Der Finanzminister hat außerdem mit den Führern der NSDAP verhandelt, und man gewinnt aus den künftigen Besprechungen den Eindruck, daß das Kabinett Luther wohl zu stande kommen dürfte. Personenfragen sind im Augenblick jedoch noch nicht sprachlich.

Zur Reichspräsidenten sich allerdings noch nicht auf eine Kombination Luther unbedingt festgelegt hat, dafür spricht B. auch der Umstand, daß er heute vormittag noch mal den Führer der Sozialdemokraten, den Abg. Müller-Kranck empfangen hat. Bei dieser Gelegenheit erklärt der Führer der sozialdemokratischen Partei, wie ja auch die morgen im "Vorwärts" schon angekündigt wurde, daß die sozialdemokratische Partei bereit sei zu eintreten, unter Umständen die Regierung zu übernehmen. Praktisch kommt allerdings diese Möglichkeit nicht mehr in Frage.

Bei unser Berliner Bureau mittelt, ist die Befragung Luthers mit der Regierungsbildung in den nächsten Stunden zu erwarten. Gegenwärtig sind noch Verhandlungen mit den Fraktionen im Bauar. von deren Ergebnis die Kabinettfrage abhängt.

\*

Telegramm unseres Korrespondenten.  
Berlin, 10. Januar. Der Reichspräsident Ebert hat heute mittag im Reichstagspräsidialgebäude den gestern angekündigten Gegenbesuch erwartet. Der Reichspräsident teilte in dieser Gelegenheit mit, daß Dr. Luther den Auftrag zur Bildung einer Regierung noch nicht angenommen habe, sondern zunächst Absprache mit den Parteiführern nehmen werde. Der Reichspräsident holt es aber für fraglos, daß für die nächste Sitzung des Reichstages am Mittwoch die Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesschreibung gegeben werden kann.

Armen Besuch schloß sich eine zwanglose Unterhaltung.

**Die Beziehungen der Reichspost zum Saarmarkenzonen.**

Eine neue Dokumentation.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Das 8-Uhr-Abendblatt will aus einer Quelle über die Beziehungen der Post zum Saarmarkenzonen eine Reihe Nachrichten erhalten haben, die die teilweise recht sensiblen Meldungen in einem anderen Lichte erscheinen lassen.

Das Blatt teilt u. a. mit, im Sommer vergangenen Jahres seien im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister und der Reichsbank Möhlin in einem hinsichtlich der Verwendung und Anlage der postalischen Gelder aufgestellt worden, denen der Verwaltungsrat der Reichspost zugestimmt habe. Der Reichspostminister könne aber in besonderen dringlichen Fällen von diesen Richtlinien abweichen. Zu diese Norwendigkeit habe sich der Reichspostminister versetzt, als seinerzeit der Wirtschaftskonzern an ihn herangetreten sei und für einige seiner Industrieanstaltungen um Kreditgewährung nachsuchte. Der gesamte Kredit in Höhe von 14½ Millionen Goldmark sei den neuernden Personen zugestellt, bei denen die Existenz von vielen Tausenden Arbeitern und Angestellten auf dem Spiele gestanden habe. Der Reichspostminister an die Brüder Wermat habe niemals die genannte Summe überreicht. Rebe andere in der Desselblichkeit genannte Zahl sei unwahr. Für diese Kredite seien der Reichspost-Effektenwerke im Betrage von mehreren Goldmillionen überwiesen worden. Darüber hinzu habe auch die dem Deutschen Lloyd nahestehende Allgemeine Garantiebank der Reichspost.

Der Untersuchungsrichter hat inzwischen die Befragung der Brüder Wermat für die Gebrüder Wermat beschlossen. Die Vernehmung wird mit größter Beschränkung weiter fortgesetzt, darf aber wohl noch eine Woche in Anspruch nehmen. Die Sanierung des Wirtschaftskonzerns wird verantwortlich einer Treuhändergruppe übergeben werden.

\*

Berlin, 10. Januar. Gegenüber den Meldungen, daß auch ein Zusammenschluß der Wermat-Affäre mit dem Reichspräsidenten Ebert besteht, wird amtlich festgestellt, daß von dem Reichspräsidenten Ebert weder die Ausstellung eines Befehls für die Gebrüder Wermat veranlaßt, noch auch ihnen eine Empfehlung gegeben worden ist. Auch durch das Bureau des Reichspräsidenten sind derartige Maßnahmen nicht getroffen worden, wohl aber hat im Frühjahr des Jahres 1919 der damals im Bureau des Reichspräsidenten beschäftigte gewisse und inzwischen verstorbene sozialdemokratische Abgeordnete Braun Krüger eigenmächtig und mißbräuchlich ein beratiges Befehl beantragt und auch eine Empfehlung für die Gebrüder Wermat durchgesetzt. Seitens des Reichspräsidenten ist in schriftlicher Form dieses Verhalten sofort aufs schärfste gerügt worden; ferner sind von ihm Verfehlungen getroffen worden, die eine Wiederholung unmöglich machen.

**Die Kölner Protestversammlungen verboten.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Aus Köln meldet der "Vorwärts", die politischen Parteien in Köln hätten für den morgigen Sonntag getrennte Protestversammlungen gegen die Verzögerung der Nämung einberufen. Diese Protestversammlungen sind von der Verfassungsbehörde verboten.

\*

Berlin, 10. Januar. Die Studentenschaft der Berliner Universität versammelte sich heute vormittag, um gegen die Nichträumung der Kölner Zone protest zu erheben. Nach einer Ansprache eines Studenten sprach der Prorektor der Universität, Professor Rothe. Er ermahnte die Kommunisten, festzuhalten in der alten deutschen Freiheit. Die Annahme des Versailler Vertrages habe uns dieses Unglück durch den Hindernis gebracht; aber umso mehr leben wir unser deutsches Vaterland, auch, wenn es in Frieden am Boden liegt. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes schloß diese Kundgebung.

In Berlin hatten aus Anlaß der Nichträumung der Kölner Zone das Berliner Rathaus, sowie zahlreiche Privatgebäude beschädigt.

**Zollpolitische Abgrenzung des Saargebiets vom Reich.**

Eingabe der Saarländer an die Reichsregierung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 10. Januar. Aus Anlaß der heute sich vollziehenden sollvolkstümlichen Abtrennung des Saargebiets und seiner wirtschaftspolitischen Angliederung an Frankreich hat der Bund der Saarvertriebenen Berlin, die Vereinigung aller Saarländer und Saarfreunde im Reich, an die Reichsregierung eine Einschreiberung, in der es heißt:

"Wir erwarten von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesen Tag nicht vorübergehen läßt, ohne ernst zu erklären, wie werden mit allem ihr die Verjährung stehenden Mitteln, dafür einzutreten, daß die Saarfrage eine Lösung findet, die dem Rechte und der Wahrheit, den gesellschaftlichen Ansprüchen und dem Willen der Bevölkerung entspricht. Wir erwarten ferner, daß die deutsche Reichsregierung die Bekämpfung des französischen Militärs für öffentliche Arbeiten über die Wiederaufnahmenahme der Gruben in Nordfrankreich und über die jetzt schon erreichte Wirtschaftsförderung auf diesen Gruben sich zu unternehmen macht, um die Unabhängigkeit des Aufrechterhaltung des Saarbevölkerung mit allem Nachdruck zu vertreten. Das Urrecht vom Jahre 1819, wie es in Versailles gegen das Saargebiet festgelegt wurde, müßte wieder ausgenommen werden. Von der geplanten Reichsregierung wird erwartet, daß es Treue zum Freien und neuerlichen Saarbezirk hält."

**Die außenpolitische Lage.**

Von Professor Dr. Otto Höchst, M. d. R.

Die Räumungsnote der Alliierten ist am 6. Januar veröffentlicht, die deutsche Antwort darauf noch an demselben Tage überreicht worden. Beide Dokumente sind nur provisorischer Art. Das der Alliierten verweist auf den endgültigen Schlussbericht der Kommission und die darauf aufzubauende Schlusssnote. Die deutsche Note kann lediglich den Rechtsstandpunkt oder vielmehr Konsenspunkt der Alliierten protestieren und mich im übrigen auch abwarten, bis Deutschland im einzelnen bestimmt und damit gesagt worden ist, was man ihm vorwirkt. Denn das ist das unverrückbare an diesem Rückfall in die Sanitätspolitik, daß während Poincaré derartige Vorwürfe jedesmal wie ein Adeliat ausführlich begründete, dieses Mal eine Reihe ganz allgemeiner, ganz rauer Behauptungen "beispielweise" herausgegriffen wird und das Urteil, die Strafmaßnahme der Nichträumung, ausgetragen wird, ohne Mitteilung des Tatbestandes an den Befragten.

Die Durchsicht der englischen Presse ergibt, daß es England dabei selbst nicht wohl ist. Man weiß darauf hin, daß es nötig sei, klipp und klar zu sagen, was man Deutschland vorstellt, und hat ein Gefühl dabei, daß die Weltmeinung sich bei dieser Art der Dinge gegen England wendet. Nur der West und bei uns hat niemand erwartet, daß Frankreich England antreiben würde, die Bekämpfung des Artikels 429 des Versailler Vertrags einzuhalten. Englands Pflicht war es, auf dem Recht zu bestehen und nicht, wie das jetzt geschieht, eine rechtswidrige Handlung, nämlich die Nichträumung, durch eine zweite rechtswidrige Handlung, nämlich die Nichträumung der Kölner Zone, zu bestreiten.

Es wird aber jetzt ganz klar, daß Herrriot in den Vorbereitungen zur Londoner Konferenz ausdrücklich ausgesprochen, er könnte auf die Wiederherstellung nur verzichten, wenn Frankreich seine Sicherheitsförderung befriedigt erhalten, und daß Mac Donald das anerkannt hat. Unter den französischen Sicherheitsförderung verstand man das, das in Vorbereitung beständige Genfer Protokoll, das im September angenommen wurde. Mac Donald war bereit, dieses Protokoll zu ratifizieren. Seitens des Reichskabinetts ist in schriftlicher Form dieses Verhalten sofort aufschärfst gerügt worden; ferner sind von ihm Verfehlungen getroffen worden, die eine Wiederholung unmöglich machen.

Sa ist Chamberlain Frankreich in der Männerungsfrage entgegengekommen und in dieser Verhandlung zwischen Räumung und Sicherheitsfrage liegt das. Bedrohliche und die Gefahr des Konflikts in erster Linie vor allem in der Richtung, daß damit der Konflikt wahrscheinlich längere Zeit andauern wird. Wenn die Sicherheit Frankreich ist leicht ausgesprochen, aber schwer beweisbar. Schon zwischen Engländern und Franzosen ist eine Verständigung darüber nicht leicht. Zwischen Deutschland einerseits und den Alliierten ist sie eigentlich ausgeschlossen. Denn es gibt keine Lösung dieser Sicherheitsfrage in dem Sinne, wie er den Franzosen vorstellt, die für Deutschland annehmbar sei.

Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Kölner Zone nicht geräumt werden wird, solange französische Truppen im Kriegsgebiet stehen und solange nicht die Sicherheitsfrage eine Lösung nach dem französischen Konsens gefunden hat. Man bemüht sich in England, die Lage zu meistern. Man fordert, daß Deutschland Zeit gegeben werde, einige Monate oder wie lange, damit es seine "Verfehlungen" in der Sicherheitsfrage wieder gutmache und dann, unter Anerkennung des deutschen Vertragsrechts, die Kölner Zone geräumt werden. Womit bereits gesagt ist, daß man auch die endgültige Räumung des Kriegsgebietes nach vorwärts gejogen würde und, womit wieder gesagt ist, daß über die Sicherheitsfrage mindestens eine Art erster allgemeiner Verständigung erzielt sein müsste. Da in diese Sache auch die Angelegenheit der internationalen Schulden eingreift, die jetzt in der am 7. begonnenen Ministertagkonferenz in Paris behandelt wird, so liegt auf der Hand, daß Deutschland und Europa auf eine Krisis von längerer Dauer einrichten müßt.

Das ist nicht im Sinne Nordamerikas. Die Annahme des Dawesplanes hat die gute Folge, daß Nordamerika auch an derzeit Streitfragen wie der Kölner Sicherheitsfrage interessiert wird. Man rechnet, daß Amerika



